
Ein (post-)keynesianisches Wirtschaftsprogramm für Deutschland

Rezension von: Heiner Flassbeck,
Friederike Spiecker, Das Ende der
Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger
Wirtschaftspolitik die Zukunft ge-
winnen, Westend-Verlag, Frankfurt
am Main 2007, 304 Seiten, € 24,90.

Mit dem vorliegenden Band haben Heiner Flassbeck, UNCTAD, und Friederike Spiecker, früher DIW Berlin, nun freie Publizistin, ein Programm vorgelegt, mit dem die Wirtschaftspolitik auf neue Grundlagen gestellt werden soll. An einschlägigen Problemen mangelt es der Wirtschaftspolitik in Deutschland (und von diesem Land handelt das Buch vordringlich) nicht: anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche und stagnierende Reallöhne. Und diese Probleme hat die Wirtschaftspolitik – so das Argument der Autoren – zu einem großen Teil selbst verursacht. Lohnkürzungen, Hartz IV und vor allem restriktive Geldpolitik seien nicht die richtige Strategie, um die Wirtschaft zu beleben und Arbeitsplätze zu schaffen.

Das Buch besteht aus vier Teilen. Der mit 150 Seiten umfangreichste, erste Teil des Buchs behandelt und kritisiert die gängigen Erklärungen der Arbeitslosigkeit: technischer Fortschritt, zu hohe Löhne, die egalitäre und unflexible Lohnstruktur und die Globalisierung. Dies ist wohl der schwächste Teil des Buchs. Nicht dass die einzelnen Argumente falsch oder unzureichend erklärt werden: Das behandelte Material ist schlicht zu heterogen, die theoretischen Grundlagen der kritisierten Argumente zu verschieden,

als dass in diesem Kapitel eine klarer Argumentationsfluss entstehen würde. Etliche der vorgebrachten Argumente werden auch erst später (v. a. in Teil 3) klar. Jedenfalls werden all diese gängigen Erklärungen zurückgewiesen: Der technische Fortschritt schaffe potenziell genug Nachfrage, um die Beschäftigung zu stabilisieren; die Löhne sind nicht nur Kostenfaktor, sondern auch wichtiger Faktor der Nachfrage; einheitliche Löhne unterstützten Innovationen; und die Globalisierung habe über kräftige Außenhandelsüberschüsse bisher zur Stabilisierung der Beschäftigung beigetragen.

Teil 2 („Das Versagen der Wirtschaftspolitik“) beschreibt die Wirtschaftspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg mit einem Fokus auf den Wechselkursystemen und der Geldpolitik. Es ist in diesem Teil, in dem die Argumentation ihre Durchschlagskraft voll zur Geltung bringt. In einfachen Worten, aber doch präzise argumentiert und in flüssigem Stil werden komplexe wirtschaftspolitische Zusammenhänge dargestellt. Vor allem die Konstruktion des Europäischen Wirtschafts- und Währungssystems wird kritisiert, da hier eine unabhängige Zentralbank geschaffen wurde, die ausschließlich der Geldwertstabilität (vulgo: Inflationsbekämpfung) verpflichtet ist und, quasi als technokratischer Staat im Staat, die Koordination mit anderen wirtschaftspolitischen Akteuren verweigert. Dabei ist nach Einschätzung der Autoren der „Zinssatz das zentrale Steuerungsinstrument der Investitions- und damit Wachstumsbedingungen“ (S. 156). Die USA gaben ihrer Zentralbank, der Fed, sowohl Inflation als auch Wachstum als Zielgrößen vor und fuhren damit eine deutlich wachstumsfreundliche Politik, die sich auch in Wachstum und Beschäftigung niedergeschlagen hat.

Im Vergleich mit den USA scheint es, als hätte Europa ein Auto mit Bremse, aber ohne Gaspedal.

Scharf kritisiert wird auch die deutsche Lohnpolitik. Diese setzte seit Mitte der 1990er Jahre auf Lohnzurückhaltung, was sich in praktisch stabilen nominalen Lohnstückkosten ausdrückt, während im Durchschnitt des Euro-Raums die Lohnstückkosten um rund 2% pro Jahr stiegen. Als Folge steigen die Außenhandelsungleichgewichte, wobei in Deutschland die Netto-Exporte nunmehr rund 6% des BIP betragen. Solange eine solche Politik der kompetitiven Lohnzurückhaltung betrieben, wäre dies ein verkraftbares Problem. Tut es die größte Volkswirtschaft im Euro-Raum, so türmen sich bedrohliche Probleme auf: Die Inflationsunterschiede kumulieren sich, und die entstehenden Kostenunterschiede könnten nur durch mehrjährige Deflationen in den Defizitländern ausgeglichen werden – unter enormen wirtschaftlichen und sozialen Kosten.

Teil 3 stellt eine makroökonomische Analyse vor, bei der schrittweise von der einfachen Situation Robinson Crusoes auf seiner einsamen Insel die Komplexität zunehmend gesteigert wird, bis schließlich eine moderne Volkswirtschaft mit entwickeltem Bankensystem analysiert wird – immer einfach und verständlich erklärt. Die vorgelegte Analyse ist (post-)keynesianischer Natur mit einem kräftigen Schuss Schumpeter zur Investitionserklärung. Die Investitionen generieren die Ersparnisse und nicht umgekehrt. Sie werden finanziert durch Kredit (und eben nicht Ersparnisse). Innovativ bei der Analyse ist die Betonung von Ungleichgewichtsprozessen, vor allem die Rolle von (temporären) Pioniergewinnen von innovativen Unter-

nehmern. Investitionen sind in dieser Analyse untrennbar mit Innovationen verbunden. Daraus folgt, dass eine wachstumsorientierte Politik zuvorderst die Investitionstätigkeit unterstützen muss.

Teil 4 expliziert dann die wirtschaftspolitischen Folgerungen der in Teil 3 vorgestellten Theorie. Investitionstätigkeit wird am besten über expansive (und antizyklische) Geldpolitik unterstützt. Der Finanzpolitik wird nur eine flankierende Rolle zugeschrieben, z. B. für den Fall der Deflation, wenn die Geldpolitik nicht mehr greift. Die Lohnpolitik soll sich am Preisziel und der Produktivitätsentwicklung orientieren und damit verteilungsneutral agieren. Einzubetten ist dieser *Policy Mix* in ein Währungssystem, das Ungleichgewichte abbaut (wozu unregulierte Märkte oft nicht schnell genug fähig sind.)

Insgesamt haben Flassbeck und Spiecker ein eindrucksvolles und überzeugendes Buch mit einem kraftvollen Bekenntnis zu einer modernen keynesianischen Politik vorgelegt, dem viele LeserInnen in Politik und Wissenschaft zu wünschen sind. Es ist der konsequent makroökonomische Zugang, der stets hinterfragt, ob mikroökonomische Argumente auf eine ganze Volkswirtschaft übertragbar sind, der das Buch auszeichnet. Das Buch hat auch Schwächen: Der erste Teil ist lang und teils sperrig geraten, die Literaturhinweise sind streckenweise spärlich – oft wird der Vertreter von kritisierten Argumenten nicht zitiert oder über Fragen, deren Diskussion in der Fachliteratur Bände füllt, in einem Nebensatz hinweggegangen. Dies wird akademisch orientierte LeserInnen irritieren. Ein ausführlicher Fussnotenapparat hätte dieses Problem mildern und Universitätsprofessoren versichern können,

dass die Autoren auch die neuere Fachliteratur kennen, ohne den Lesefluss über Gebühr zu stören. Innerhalb des kleinen gallischen Dorfs der keynesianisch orientierten ÖkonomInnen wird das Buch wenig Widerspruch erregen, wenn auch die fast ausschließliche Betonung der Geldpolitik bei der Be-

stimmung der Investitionen eine etwas ausführlichere empirische Rechtfertigung vertragen hätte. Insgesamt stellt das Buch jedenfalls einen wichtigen Diskussionsbeitrag und einen vielversprechenden Ausgangspunkt für eine Reform der Wirtschaftspolitik dar.

Engelbert Stockhammer

Märkte – Wettbewerb – Regulierung

Wettbewerbsbericht der AK 2008

Mit dem jährlich erscheinenden Wettbewerbsbericht informiert die AK über aktuelle Entwicklungen in der österreichischen und europäischen Wettbewerbspolitik.

Der diesjährig vorliegende Bericht umfasst eine Vielzahl von Themen.

Die starken Preissteigerungen seit Herbst 2007 sind das Top-Thema in der neuen Ausgabe. Insbesondere für einkommensschwache Gruppen stellt die gegenwärtige Entwicklung eine enorme Belastung dar. Die Ursachen des starken Inflationsanstieges, der insbesondere die Branchen Lebensmittel, Energie und Wohnen betrifft, werden im Wettbewerbsbericht analysiert. Ein Maßnahmenkatalog der AK zur Bekämpfung der Inflation wird vorgestellt.

Der Wettbewerbsbericht beinhaltet weiters die aktuelle Rechtsentwicklung auf europäischer und nationaler Ebene und informiert über wesentliche Wettbewerbsentscheidungen der Kartellbehörden und -gerichte. Statistische Daten über die Zusammenschlussentwicklung und über Verlagerungen sowie Kurzberichte aus den Tätigkeiten der Regulierungsbehörden und Wettbewerbsinstitutionen vervollständigen den jährlichen Überblick.

Der Wettbewerbsbericht der AK ist ein wichtiges Instrument um die Bedeutung von fairem Wettbewerb für ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen sowie letztendlich auch Unternehmen sichtbar zu machen.

Der Bericht wird zeitgleich mit der Veröffentlichung unter www.akwien.at abrufbar sein. Gedruckte Exemplare werden kostenlos zugesandt (Anforderungen bitte an die E-Mail-Adresse wp@akwien.at oder unter der Telefonnummer +43-1-501-65/2296).

